

Zur Problematik von „Fake News“ und „Alternative Facts“ aus medien- und kommunikationsethischer Perspektive

ao. Univ.-Prof. Larissa Krainer

Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Klagenfurt

Der Begriff „*Alternative Facts*“ wird Kellyanne Conway, einer Beraterin von Donald Trump zugeschrieben. Der damalige Pressesprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, hatte behauptet, dass bei der Amtseinführung von Donald Trump am 20. Jänner 2017 mehr Menschen anwesend gewesen seien, als bei der Amtseinführung seines Vorgängers Barack Obama. Das haben sowohl Luftaufnahmen als auch Zählungen im Personennahverkehr widerlegt. Conway wurde im Januar 2017 in einem Interview in der Polit-Talksendung *Meet the Press* gefragt, wie sie dazu stehe, dass der Pressesprecher des Weißen Hauses „widerlegbar falsche Behauptungen“ tätige, womit er letztlich auch die Glaubwürdigkeit der ganzen Presseabteilung des Weißen Hauses untergraben hätte. Conway bestritt das heftig und sagte: „Sean Spicer, unser Pressesprecher, hat dazu alternative Fakten dargestellt.“ Der Journalist unterbrach sie daraufhin und sagte, „alternative Fakten“ seien unwahre Aussagen. Conway behauptete daraufhin, es gebe kein Verfahren, um Menschenmengen sicher zu quantifizieren. Zudem beschwerte sie sich über kritische Journalisten, die nur die Absicht verfolgen würden, die neue Regierung lächerlich erscheinen zu lassen.

Was wir hier beobachten, ist zunächst eine Infragestellung wissenschaftlicher Messmethoden und im Weiteren eine Kritik am Mediensystem. Der Begriff „Alternative Fakten“ wurde sowohl in Deutschland als auch in Österreich 2017 zum Unwort des Jahres gewählt.

Die meisten Autor:innen führen den Ursprung des Begriffs „Fake News“ auf eine Serie von sechs Zeitungsartikeln zurück, die ab dem 25. August 1835 in der *New York Sun* erschienen sind. Diese Berichte sind letztlich als „The great Moon Hoax“/„Der große Mond-Schwindel“ in die Geschichte eingegangen. Berichtet wurde über eine neue Teleskoptechnologie, mit der das Leben auf dem Mond zu beobachten sei. Gesehen wurden dort Fledermausmenschen. Entdeckt haben soll diese der britische Astronom John Frederick William Herschel, der das allerdings weder behauptet, noch von dem Artikel gewusst haben soll. Der Begriff Fake News hängt also ursprünglich mit Medienskandalen zusammen und nicht selten berufen sich Journalist:innen bei solchen Falschmeldungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse, die es gar nicht gibt. Wir haben seitdem viele weitere Medienskandale erlebt: *Jimmygate*, *Hitler-Tagebücher*, *Pizzagate* oder *erfundene Reportagen*, wie jene von Claas Relotius. Immer handelt es sich dabei um mediale Täuschungen und solche sind (nicht nur) aus medienethischer Perspektive ein Problem. „Fake News“ sind absichtlich fabrizierte Falschmeldungen, die im Erscheinungsbild seriöser journalistischer Beiträge verbreitet werden und journalistische Nachrichten imitieren. Nachdem es um eine Irreführung geht, wird in der Medien- und Kommunikationswissenschaft vorzugsweise von „*gezielter Desinformation*“ anstelle von „Fake News“ gesprochen.

Der Grund, warum sich *gezielte Desinformationen* so hervorragend über Soziale Medien verbreiten lassen, liegt einerseits darin, dass sie schnell weitergeklickt sind und dass Menschen sie häufig sensationell, überraschend oder unfassbar wichtig finden und daher alle echten oder angeblichen Freund:innen auf Whatsapp, Facebook, Instagram und Co sofort informieren wollen. Das erklärt aber noch nicht, warum das Entlarven von Nachrichten (engl. Debunking), also z. B. Ergebnisse aus einem Faktencheck, nicht die gleiche Verbreitung erlangen. Das hat erstens mit der Funktionslogik von Sozialen Medien zu tun, die generell eher affektive als kognitive Handlungen anregt. Zweitens werden emotionale und sensationelle Nachrichten wesentlich häufiger geteilt und verbreitet als nüchterne Fakten, die offenbar eher als langweilig gelten. Drittens benötigt das Aufdecken von Falschmeldungen Zeit. Studien

sprechen hier von einem Zeitraum zwischen 24-72 Stunden – dann werden die Informationen aber nicht mehr weitergeclickt. Sie kommen einfach zu spät. Viertens nutzen viele, die Debunking betreiben, andere soziale Plattformen als die, die „Fake News“ verbreitet haben, womit ihre Informationen häufig zu jenen gerade nicht vordringen, die eigentlich in ihren Echokammern erreicht werden sollten. Der Begriff „Fake News“ dient ferner als Kampfbegriff gegen Wissenschaft und Medien. Donald Trump wurde und wird nicht müde zu behaupten, weitgehend alle Medien und vielfach auch die Wissenschaft würden Falschmeldungen verbreiten, womit er bewusst sowohl das System der Medien als auch das System der Wissenschaft als Ganzes diskreditiert. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der „Lügenpresse“, den schon die Nationalsozialist:innen zur Diffamierung unabhängiger Medien verwendet haben und der aktuell vor allem von rechtsextremen, rechtspopulistischen oder fremdenfeindlichen Kreisen verwendet wird. 2014 wurde der Begriff zu einer zentralen Parole bei den Demonstrationen der PEGIDA und der AfD. Mit solchen Pauschal-Verunglimpfungen werden zwei essenzielle Säulen moderner Demokratien in Frage gestellt, nämlich sowohl Medien als auch Wissenschaft als Instanzen der Kritik. Eine zentrale Funktion von Medien besteht allerdings genau in der kritischen Beobachtung und Kontrolle der Politik. Politische Systeme, in denen unabhängiger Journalismus verboten ist und Journalist:innen verfolgt (oder gar umgebracht werden), erfüllen nicht die Ansprüche moderner Demokratien.

Welche Konsequenzen lassen sich daraus für Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation ziehen?

- Wo Medien und Wissenschaft als demokratiepolitische Instanzen diskreditiert werden, braucht es konsequente Widerrede. Medien sind nicht immer fehlerfrei, aber unabhängige Medien dürfen in keiner Demokratie fehlen.
- Wissenschaft hat eine Verpflichtung zur Aufdeckung gezielter Desinformation („Fake News“) und sollte darin stärker mit Medien kooperieren bzw. Unterstützung bei deren Arbeit leisten.
- Wenn Wissenschaft diese Aufgabe als Kontrollinstanz verstärkt übernehmen soll, muss sie ihre Formen der Wissenschaftskommunikation erweitern. Es geht nicht mehr allein um PR-Maßnahmen und nicht mehr primär darum, die eigene Reputation zu fördern oder Gelder einzuwerben, es geht zunehmend auch darum, der gezielter Desinformation Einhalt zu gebieten und sich in einer viel engeren Kooperation mit Medien in den öffentlichen Diskurs einzubringen.
- Es wäre hilfreich, wenn es dafür thematisch einschlägige Förderschienen gäbe, einerseits für interdisziplinäre Forschungsprojekte zu gezielter Desinformation mit dem Ziel der Entwicklung von Gegenmaßnahmen (rechtlich, politisch, Plattformregulierung etc.) und andererseits für transdisziplinäre Forschungsprojekte, die der Kooperation zwischen Medien und Hochschulen dienen.

Wissenschaft sollte sich in den öffentlichen Diskurs einmischen, wenn dieser Demokratien bedroht. Andernfalls drohen über kurz oder lang wieder Bestrebungen laut zu werden, Wissenschaft abzuschaffen oder sie für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Das hatten wir alles schon mehrfach, das können wir nicht wieder wollen.